

Antrag 102/I/2023**FA II - EU-Angelegenheiten****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Reform der europäischen Drogenpolitik: Entkriminalisierung der Cannabispflanze**

1 Das Europarecht muss so angepasst werden, dass Mit-
2 gliedstaaten der EU selbst über die Legalisierung von Can-
3 nabis entscheiden können. Dafür muss die Cannabispflan-
4 ze aus der EU-Liste von Straftaten im Zusammenhang mit
5 illegalem Handel von Drogen und Grundstoffen entfernt
6 werden. Europarechtlich wird der Handel mit Cannabis bis
7 heute als Straftat eingestuft. Diese Einstufung ist über-
8 holt.

9
10 Die SPD spricht sich für eine wissenschaftlich fundierte
11 und evidenzbasierte Drogenpolitik aus. Dies umfasst ei-
12 ne niedrigschwellige Präventions- und Aufklärungsarbeit,
13 die Behandlung von Kurz- und Langzeitschäden, die Re-
14 duzierung gesundheitlicher Schäden und krimineller Akti-
15 vitäten sowie die gesellschaftliche Wiedereingliederung.
16 Dabei sollten auch Präventionsmaßnahmen, insbesonde-
17 re für Jugendliche, im Fokus stehen. Kommt es zu einer Le-
18 galisierung von Cannabis, darf zudem die öffentliche Si-
19 cherheit und Ordnung nicht außer Acht gelassen werden.

20
21 **Begründung**
22 Die derzeitigen europarechtlichen Bestimmungen, insbe-
23 sondere das Schengener Durchführungsübereinkommen
24 und der EU-Rahmenbeschluss zur Bekämpfung des illega-
25 len Drogenhandels von 2004, könnten der Legalisierung
26 von Cannabis in Deutschland entgegenstehen. Daher ist
27 eine Änderung dieser Regelungen erforderlich. Mit ei-
28 ner Änderung ermöglichen wir EU-Mitgliedstaaten, selbst
29 über die Legalisierung von Cannabis zu entscheiden. Es
30 erlaubt ihnen, länderspezifische nationale Regelungen zu
31 entwickeln, die die Bedürfnisse und Herausforderungen
32 jedes Landes berücksichtigen.

33
34 Die derzeitige Prohibition von Cannabis in Deutschland
35 hat nicht die gewünschte Wirkung erzielt. Illegaler Han-
36 del wird nicht eingedämmt und die Gesundheit der Bevöl-
37 kerung kann nicht gewährleistet werden. Stattdessen un-
38 terstützt die Kriminalisierung von Cannabiskonsumenten
39 einen illegalen Markt, der organisierte Kriminalität för-
40 dert. Eine Legalisierung von Cannabis bietet hingegen die
41 Chance auf Regulierung und Kontrolle des Marktes. Nur so
42 können Konsumenten sichere Cannabisprodukte bereit-
43 gestellt werden.